



Liebe Freunde des Lebens,

in den nächsten Wochen müssen wir besonders zusammenhalten und aktiv sein, denn Abtreibungslobby und Abtreibungsaktivisten schießen sozusagen aus allen Richtungen:

1. Seit Monaten hetzen und mobilisieren radikalfeministische Gruppen gegen den „Marsch für das Leben“ in Berlin am 21. September 2019 (Infos zum Marsch hier: <https://aktion-sos-leben.blogspot.com/2019/09/21-september-2019-marsch-fur-das-leben.html>) Die Linksradi kalen wollen die friedliche Demo für das Leben mit Blockaden und chaotischen Interventionen stören.
2. Gleich am 28. September 2019 geht es weiter mit Protesten gegen die Paragraphen 218 und 219a.
3. Unter dem Motto „Bundesweiter Aktionstag (28.9.): Schwangerschaftsabbruch raus aus dem Strafgesetzbuch!“ werden in ganz Deutschland Veranstaltungen gegen das Recht auf Leben der ungeborenen Kinder organisiert.
4. Passend zu dieser Mobilisierung des Todes radikal isieren sich die Grünen in ihrem Abtreibungsfanatismus. Darüber haben wir hier berichtet: <https://aktion-sos-leben.blogspot.com/2019/08/aktion-stoppen-wir-die.html>.

Wir haben es hier mit einem umfassenden Angriff auf das Recht auf Leben der ungeborenen Kinder zu tun auf den wir angemessen reagieren müssen. Unsere Aktion SOS LEBEN wird deshalb in den nächsten Wochen ihre Aktivitäten erhöhen, denn wir dürfen auf keinen Fall den radikalen Abtreibungsaktivisten die Deutungshoheit über das Lebensrecht der Ungeborenen überlassen.

Es ist ein Skandal, dass in dieser Situation die Union so tut, als ob das Leben überhaupt nicht angegriffen wird.

[Deshalb wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie unsere Petition an CDU-Bund esvorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer mit Ihrer Unterschrift unterstützen und an Ihre E-Mail-Adressen weiterleiten:](#)

Mit freundlichen Grüßen
Pilar Herzogin von Oldenburg

Trump verhinderte beim G7-Gipfel in Biarritz radikale Abtreibungsagenda

Selektive Abtreibung neues Ziel des linken Establishments

Giuseppe Nardi



Frankreichs Staatspräsident Macron posiert mit den G7-GEAC-Mitgliedern.

Katholisches.info (Paris, [11. September 2019 0](#)) – Auf dem G7-Gipfel in Biarritz, der vor zwei Wochen über die Bühne ging, wurde der Versuch unternommen, eine radikale Abtreibungs- und Gender-Agenda durchzusetzen. Entsprechende „Empfehlungen“ wurden aber von US-Präsident Donald Trump blockiert.

Vom 24. –27. August tagte im Atlantikseebad Biarritz die *Gruppe der Sieben*. Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron legte den Vertretern der bedeutendsten In-

dustriestaaten der westlichen Welt [Empfehlungen](#) und eine [Aufforderung zum Handeln](#) vor, mit dem extreme Abtreibungsgesetze nach dem Vorbild Kanadas zur gemeinsamen globalen, politischen Agenda erklärt werden sollten.

Die Texte stammen vom neuen *G7-Gender Equality Advisory Council* (GEAC) und entsprechen den Zielsetzungen des kanadischen Premierministers Justin Trudeau. Trudeau, seit 2015 im Amt, hatte das lebens- und familienfeindliche Programm bereits beim G7-Gipfel am 8./9. Juni 2018 in La Malbaie in Kanada vorgelegt. Er war es auch, der im vergangenen Jahr als er die G7-Präsidentschaft ausübte, das GEAC errichtete.

Trudeau wollte schon damals seine radikale Linie für Abtreibung, Feminismus und Gender-Ideologie zur G7-Agenda machen, scheiterte in La Malbaie aber am entschiedenen [Widerstand](#) von US-Präsident Donald Trump.

Trudeaus Vater Pierre war es – von 1968 bis 1984 ebenfalls Premierminister –, der 1969 in Kanada die Abtreibung eingeführt hatte.

Was fordert Macrons G7-Dokument ?

- Die Tötung ungeborener Kinder sollte, ginge es nach Emmanuel Macron, bis zur Geburt erlaubt werden.
- Doch damit nicht genug: Öffentliche Kundgebung gegen die Abtreibung und Pro-Life-Stellungnahmen im Internet sollten von den G7-Staaten als „irreführend“ und „diskriminierend“ verurteilt werden.

Die Agenda der Abtreibungslobby wurde von Macron im Gefolge Trudeaus in einer bisher beispiellosen Radikalität präsentiert. Als Gelegenheit diente ihm der Tagesordnungspunkt „Förderung der Gleichstellung der Geschlechter“. Die Vorgehensweise enthüllt, was der linke *Mainstream* unter „Gleichstellung“ versteht.

Auch in Biarritz scheiterten die Abtreibungslobbyisten aber am US-Präsidenten. Donald Trump erhob auch gegen den französisch-kanadischen Vorstoß Einspruch. Wie schon im Jahr zuvor in La Malbaie blockte Trump die Diskussion sofort ab.

Damit ist es erneut dem US-Präsidenten zu verdanken, dass die radikalste Abtreibungs- und Gender-Agenda, die vom internationalen *Establishment* bisher vertreten wird, nicht zur offiziellen Politik der westlichen Staatenwelt wurde. Laut Trudeau und Macron wäre Abtreibung von der Zeugung bis zur Geburt nämlich der ideale Weg, um die „Diskriminierung von Frauen zu beseitigen und zu verhindern“.

Neben dem brutalen Angriff auf das Lebensrecht enthält der Vorstoß auch einen schwerwiegenden Angriff auf die Meinungsfreiheit und damit auf die Demokratie. Laut Trudeau und Macron sollte der Lebensrechtsbewegung ein Maulkorb umgehängt und ihre unerwünschte Meinung nicht mehr geduldet werden. Die beiden Linkspolitiker, die sich selbst als „liberal“ bezeichnen, wollen mit staatlicher Zensur

und Repression gegen jene vorgehen, die das Lebensrecht der ungeborenen Kinder verteidigen.

Im Dokument ist wörtlich von einer Notwendigkeit die Rede, „die Desinformation über sichere Abtreibung zu verbieten“. Zudem soll ein „**Recht auf sichere Abtreibung**“ und das „Recht zu entscheiden gefördert“ werden, womit im Klartext ein „Recht“ reklamiert wird, über Leben oder Tod des ungeborenen Kindes „entscheiden“ zu können.

Frankreichs Vorreiterrolle

Das Dokument zitiert ein französisches Gesetz von 2017, das „Desinformation“ verbietet, die „darauf abzielt, die Frauen bewusst zum Thema Abtreibung in die Irre zu führen“. Gemeint ist damit die bereits unter Staatspräsident François Hollande (2012–2017) begonnene und von Macron fortgesetzte Repression gegen die Lebensrechtsbewegung samt der Unterdrückung der Wahrheit über die Abtreibung: dass jede Abtreibung den sicheren Tod eines Menschen bedeutet; **Abtreibung die Todesstrafe unserer Zeit ist und die Hinrichtungen gnadenlos und massenhaft vollstreckt werden.**

Die Tatsache, dass sowohl in Großbritannien als auch in Frankreich die Todesstrafe zur selben Zeit abgeschafft wurde, als die Hinrichtung ungeborener Kinder erlaubt wurde, entbehrt nicht einer makabren Ironie, die als Makel über dem seit Mitte der 60er Jahre erzielten „Fortschritt“ lastet.

Macron war unter Hollande Minister. Beide gehörten damals noch der *Sozialistischen Partei* (PS) an, als die französische Linksregierung 2012, „im Namen der Freiheit“ und mit dem Gewaltmonopol des Staates, den Kampf gegen die Lebensrechtsbewegung aufnahm, während der Staat zugleich Werbung für die Abtreibung betreibt.

Seit damals betreibt die französische Regierung eine [Pro-Abtreibungs-Internetseite](#), um der Tätigkeit der Lebensrechtsbewegung im Internet entgegenzutreten. Die „Neutralität“ des Staates, eine „heilige Kuh“, des französischen Laizismus, war einmal. Zugleich wurde Druck auf *Google* ausgeübt, Lebensrechtsseiten in der Suchmaschine zurückzustufen. Auslöser war, dass damals in Frankreich, wurde bei *Google* als Suchwort „Abtreibung“ eingegeben, eine Lebensrechtsseite an erster Stelle erschien. Da der Einfluss der Regierung auf den Betreiber der Suchmaschine begrenzt war, rief das Frauenministerium öffentlich dazu auf, die Regierungsseite bei *Google* „hinaufzuklicken“. **Da selbst dieser unglaubliche Vorstoß einer Regierung – der offene Kulturkampf mit ungleichen Mitteln gegen einen Privatverein – nicht den erhofften Erfolg brachte, wurde der verhassten Internetseite mit dem erwähnten Desinformationsgesetz von 2017 der Garaus gemacht.**

Der von Hollande eingeschlagene Weg wird unter Macron von Frauenministerin Marlène Schiappa fortgesetzt, einer „militanten Feministin“ (Wikipedia.fr). Die Tochter eines überzeugten Trotzisten machte in der *Sozialistischen Partei* (PS) Karriere und folgte 2017 Macron.

Lebensrecht ungeborener Kinder eine „Fake News“?

Macron unternahm in Biarritz den Versuch, die Wahrheit über die Abtreibung – die Tötung eines Menschen – von den G7-Mächtigen als „Fake News“ brandmarken zu lassen. Politisch nicht korrekte, sprich unerwünschte Meinungen wie die Verteidigung des Lebensrechts ungeborener Kinder sind laut dieser Logik *Fake News*.

Die seit 2012 in Frankreich aktive staatliche Repression gegen die Lebensrechtsbewegung wurde wegen ihrer ideologischen Voreingenommenheit scharf kritisiert. Folgt man dem Geist des Gesetzgebers wären Internetseiten schon deshalb von Zensur bedroht, wenn Abtreibung aus moralischen Gründen negativ beurteilt wird. Das gilt erst recht, wenn Frauen von einer Abtreibung abgehalten werden sollten.

Das kanadische Gesetz von Trudeau *junior* erlaubt die Tötung ungeborener Kinder während der gesamten Schwangerschaft – uneingeschränkt. Diese Schrankenlosigkeit ist die neue Stoßrichtung der radikalisierten Abtreibungslobby und konnte bereits im Staat New York umgesetzt werden. Die in Biarritz vorgelegten Dokumente zitieren das Trudeau-Gesetz ausdrücklich als Beispiel für eine Gesetzgebung, die das „Recht zu entscheiden (wie, wann und aufgrund welchen Geschlechts abtreiben)“ schützt.

Dabei entsetzt, dass selbst die Abtreibung aufgrund des Geschlechts explizit verteidigt wird. Das Paradox, dass im Namen der Frauen von Feministen die selektive Abtreibung nach dem Geschlecht unterstützt wird, die sich nachweislich vor allem gegen Mädchen richtet, stellt vor ein schwer fassbares Rätsel. Diese Haltung erklärt sich wahrscheinlich nur durch die erwähnte Radikalisierung der Abtreibungslobby, die im Sinne der neo-malthusianischen **Überbevölkerungsideologen um jeden Preis und möglichst rasch eine Reduzierung der Weltbevölkerung erreichen will.**

Die Förderung extremer Abtreibungsgesetze wird als „fundamental“ bezeichnet, „um die Rechte der Mädchen und Frauen zu fördern“.

Deutsches Schweigen

Das deutsche *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* (BMFSFJ) unter Führung von Franziska Giffey (SPD) schreibt auf seiner Internetseite: „Die Beseitigung von Ungleichheiten, insbesondere mit Blick auf die Gleichstellung der Geschlechter, ist eines der zentralen Anliegen der G7-Staaten.“ Das Ministerium rühmt sich: „Seit dem vergangenen deutschen G7-Vorsitz 2015 sind Fragen der Gleichstellung von Frauen und Mädchen zunehmend Schwerpunkt der Zusammenarbeit der G7.“

Der nächste Schritt war 2018 die Schaffung des *Gender Equality Advisory Council* (Gleichstellungsbeirat, GEAC) durch Trudeau. Das GEAC wird vom Bundesministerium als ein „hochrangiges G7-Beratungsgremium“ beschrieben.

Was das BMFSFJ nicht erwähnt, ist die radikal menschenverachtende Abtreibungsagenda, die vom „hochrangigen“ GEAC vertreten wird. Der Inhalt der Dokumente ist bekannt, weil Macron sich für die Internetseite des *Élysée-Palastes* mit den GEAC-

Mitgliedern ablichten und dort die Dokumente veröffentlichen ließ. **Verschwiegen wird auch, dass „Gleichstellung von Frauen“ für das linksliberale *Establishment* vor allem ein „Recht“ auf Tötung ungeborener Kinder bedeutet.** Eine Position, die von den bundesdeutschen Grünen über ihre parteinahe [Heinrich-Böll-Stiftung](#) unter der Parole „Feminist foreign policy – imperative for a more secure and just world“ (Feministische Außenpolitik – **unerlässlich für eine sicherere und gerechtere Welt**) offen unterstützt wird.

Das Gender Equality Advisory Council (GEAC)

Von Trudeau, während seiner G7-Präsidentschaft 2018 errichtet, wurde das *Gender Equality Advisory Council* (GEAC) und seine Mitglieder von Macron, als er für 2019 die Präsidentschaft übernahm, [bestätigt](#).

Die Errichtung des GEAC war von Trudeau als Instrument zur Durchsetzung einer extremen Abtreibungs-, Feminismus- und Gender-Agenda gedacht, und entsprechend handelt das Gremium auch.

Dem GEAC gehören 35 Personen an, darunter die Schauspielerin Emma Watson, bekannt durch die „Harry Potter“-Verfilmungen. Watson steht für die Abtreibungslobby als Aushängeschild an vorderster Front. Sie engagierte sich für die Einführung der Abtreibung in Irland und kritisierte jüngst die neue [Heartbeat Bill](#) des Staates Alabama. Nachdem Watson in den G7-GEAC berufen wurde, forderte sie im Oktober 2018 mit einem offenen Brief „globalen Zugang zur Abtreibung“. *Reuters* sorgte für die weltweite Verbreitung dieser Forderung.

Ein weiteres GEAC-Mitglied ist der Friedensnobelpreisträger von 2018, Denis Mukwege. Der kongolesische Gynäkologe, der sich vor allem um Opfer sexueller Gewalt im Bürgerkrieg kümmert, ist bisher nicht als Verfechter der Abtreibung bekanntgeworden. Es stellt sich allerdings die Frage, wie er als Co-Vorsitzender die in den GEAC-Zielsetzungen enthaltene Abtreibungsagenda mittragen kann.

Eine radikale Abtreibungsaktivistin ist hingegen das Aushängeschild der Polit-Söldnergruppe *Femen*, [Inna Schewtschenko](#), die nicht nur GEAC-Mitglied ist, sondern von Macron soeben als Regierungsberaterin auch in den französischen *Gleichstellungsbeirat* [berufen wurde](#).

Dasselbe gilt auch für Phumzile Mlambo-Ngcuka, die seit 2013 Vorsitzende von [UN Women](#) ist. **Die 2010 geschaffene UNO-Agentur ist eine Einrichtung der Abtreibungslobby.**

Erst recht gilt das für [Melinda Gates](#), die Frau von Bill Gates, die von Trudeau in das GEAC berufen wurde. **Die Gates‘ können als neo-malthusianische *Dynastie* bezeichnet werden. Bereits Bill Gates Vater war Vorstandsmitglied im weltgrößten Abtreibungskonzern *Planned Parenthood*.** Das Milliardärs-Ehepaar gehört zu den größten, privaten Financiers der Abtreibungsagenda. Noch gewichtiger dürfte ihr gesellschaftlicher und politischer Einfluss sein.

Abtreibungslobbyistinnen sind auch die liberianische *Friedensnobelpreisträgerin* von 2011, Leymah Gbowee, und die pakistanische Friedensnobelpreisträgerin von 2014, Malala Yousafzai. Salopp könnte man sagen, den Friedensnobelpreis muss man sich ja schließlich „verdienen“. Man geht jedenfalls nicht fehl in der Annahme, dass das traditionell linksorientierte Friedensnobelpreiskomitee „Botschafterinnen“ einer bestimmten Agenda aufbaut.

Trump sei Dank

Zum zweiten Mal innerhalb von 14 Monaten wurde die extreme Abtreibungsagenda bei G7-Gipfeln vorgelegt. Beide Male ist sie von US-Präsident Donald Trump blockiert worden. Und zum zweiten Mal wurde der Vorstoß im Schluss-Kommuniqué zum G7-Gipfel nicht erwähnt.

Zum zweiten Mal gilt der Dank US-Präsident Donald Trump, der die Abtreibungslobbyisten abblockte.